

- Spruchkammer beim Arbeits- und Internierungslager Dachau vom 26. 8. 1948, StAM, Spruchkammern, K 1025, Carl Lederer.
- <sup>84</sup> Freisinger Tagblatt vom 12. 6. 1934.
- <sup>85</sup> Freisinger Tagblatt vom 7. 6. 1939.
- <sup>86</sup> Lederer an Rademacher, 24. 1. 1940, StAM, Spruchkammern, K 1025, Carl Lederer, fol. 105; Zu Seibold: *Philologenjahrbuch 1939*, S. 72.
- <sup>87</sup> Freisinger Tagblatt vom 10. 5. 1933.
- <sup>88</sup> Freisinger Nachrichten vom 18. 5. 1933.
- <sup>89</sup> Sonderbeilage zum »Freisinger Tagblatt«, 18.–22. 5. 1938, S. 18.
- <sup>90</sup> Freisinger Nachrichten vom 12. 5. 1933.
- <sup>91</sup> *Martin Pabst: Die Geschichte der Technischen Universität München*. In: *Wolfgang A. Herrmann (Hrsg.): Technische Universität München. Die Geschichte eines Wirtschaftsunternehmens*. Bd. 1. Berlin 2006, S. 19–437, hier S. 233.
- <sup>92</sup> Zum Folgenden: *Pabst*, S. 248–251.
- <sup>93</sup> Zu dem Treiben gegen Ecker s. a. Ecker an den Prüfungsausschuß beim Landratsamt Freising, 3. 5. 1946, StAM, Spruchkammern, K 3193, Dr. Josef Ecker.
- <sup>94</sup> Zu Anton Fehr: *Große Bayerische Biographische Enzyklopädie*, Bd. 1, S. 496.
- <sup>95</sup> Es dürfte sich um Dr. Albert Hock gehandelt haben, der, wie ein Blick in den OPAC-Katalog der Bayerischen Staatsbibliothek zeigt, schon vor 1933 in dem Institut gearbeitet und publiziert hatte.
- <sup>96</sup> Zu Hans Niklas: *Dr. Gerhard Lüdke (Hrsg.), Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender 1940/41*, 6. Ausgabe, Bd. II, Berlin 1941, Sp. 278.
- <sup>97</sup> Dr. Fritz Schäffer.
- <sup>98</sup> Gemeint ist wohl Dr. Anton Scharnagl, nicht der Münchner Oberbürgermeister Karl Scharnagl.
- <sup>99</sup> SA-Sonderkommissar an Niklas, 20. 7. 1933, Altregistratur III-144, StadtA Freising.
- <sup>100</sup> Hock wurde wohl wieder eingesetzt, da er später gemeinsam mit Niklas publizierte.
- <sup>101</sup> Freisinger Tagblatt vom 26. 6. 1936.
- <sup>102</sup> Freisinger Tagblatt vom 6. 8. 1933.
- <sup>103</sup> Lebenslauf Else Anne Keis, StAM, Spruchkammern, K 3206, Else Anne Keis, fol. 25 b. Rundschreiben der Ortsgruppe der NS-Frauenschaft Freising vom 18. 8. 1933, Altregistratur II-1470, StadtA Freising. In den »Freisinger Nachrichten« vom 18. 5. 1938 erschien ein von ihr verfasster Bericht über die Arbeit der NS-Frauenschaft.
- <sup>104</sup> Die Strukturen sind hier nicht ganz klar. Im August 1933 bezeichnete sich Keis als Leiterin der Ortsgruppe. Spätestens 1939 hatte sie das Amt einer Kreisfrauenschaftsleiterin. Maria Wolf, die Frau von Jakob Wolf, gab an, sie sei von 1931 bis 1945 Ortsgruppenleiterin gewesen. StAM, Spruchkammern, K 3233, Maria Wolf. Maria Keilhofer erklärte ihrerseits, sie sei von 1937 bis zum Mai 1944 Ortsgruppenleiterin gewesen. Auf Vorwürfe der Kreisfrauenschaftsleiterin Keis hin, dass sie ihr Amt zu sehr vernachlässige, habe sie es aufgegeben. Erklärung Maria Keilhofers vom 30. 5. 1947, StAM, Spruchkammern, K 3206, Maria Keilhofer, fol. 2. Möglicherweise waren auch die Ortsgruppen der Frauenschaft 1937 aufgeteilt worden.
- <sup>105</sup> Freisinger Tagblatt vom 26. 6. 1936; Bericht auch in Freisinger Nachrichten vom 27. 6. 1936.
- <sup>106</sup> Freisinger Nachrichten vom 7. 11. 1933.
- <sup>107</sup> Freisinger Nachrichten vom 7. 2. 1935.
- <sup>108</sup> Freisinger Beobachter vom 4. 2. 1933.
- <sup>109</sup> Freisinger Nachrichten vom 6. 4. 1933.
- <sup>110</sup> Freisinger Tagblatt vom 31. 1. 1933; Freisinger Nachrichten vom 31. 3. 1933.
- <sup>111</sup> Freisinger Tagblatt vom 10. 5. 1933; Freisinger Nachrichten vom 10. 5. 1933.
- <sup>112</sup> Freisinger Tagblatt vom 9. 1. 1934.
- <sup>113</sup> Freisinger Nachrichten vom 25. 8. 1934.
- <sup>114</sup> StAM, Spruchkammern, K 3229, Franz Trost. Von 1938–1939 erscheint auch der Hilfsarbeiter Michael Abel als einer der Ortsobmänner. Er wurde wegen eines ungehobelten Briefs an den Kreisobmann amtsentoben. StAM, Spruchkammern, K 3196, Michael Abel. 1936 bis 1939 hatte auch der Redakteur des »Freisinger Tagblatts«, Josef Scharl, die Funktion eines Ortsgruppenwalters der DAF. Kreisobmann Späth hatte den Vorgänger abgesetzt und ihn berufen. Scharl an Spruchkammer Freising-Stadt, 31. 3. 1947, StAM, Spruchkammern, K 3223, Josef Scharl. Fol. 11.
- <sup>115</sup> StAM, Spruchkammern, K 3253, Alfred Heppner.
- <sup>116</sup> Freisinger Tagblatt vom 27. 4. 1935.
- <sup>117</sup> Freisinger Nachrichten vom 29. 10. 1935.
- <sup>118</sup> Freisinger Tagblatt vom 20. 5. 1938.
- <sup>119</sup> Freisinger Tagblatt vom 8. 3. 1934. Der KdF-Kreiswart hieß Lorentzen. Freisinger Nachrichten vom 17. 2. 1937.
- <sup>120</sup> Freisinger Tagblatt vom 19. 11. 1935.
- <sup>121</sup> Freisinger Nachrichten vom 29./30. 11. 1936; Sonderbeilage zum »Freisinger Tagblatt«, 18.–22. 5. 1938, S. 14.
- <sup>122</sup> Freisinger Tagblatt vom 28. 11. 1933.
- <sup>123</sup> Hofmann, Mein politischer Werdegang, StAM, Spruchkammern, K 3204, Johann Hofmann.
- <sup>124</sup> Freisinger Nachrichten vom 18. 5. 1934.
- <sup>125</sup> Freisinger Tagblatt vom 23. 5. 1933.
- <sup>126</sup> Freisinger Nachrichten vom 18. 5. 1938.
- <sup>127</sup> Ermittlerbericht der Spruchkammer Erding vom 22. 4. 1947, StAM, Spruchkammern, K 3393, Hans Lutzenberger, fol. 11.
- <sup>128</sup> Freisinger Tagblatt vom 21. 12. 1935.
- <sup>129</sup> Freisinger Nachrichten vom 3. 12. 1936.
- <sup>130</sup> NSV-Freising an Reichsleitung Amt für Volkswohlfahrt, 9. 9. 1937, Altregistratur III-124, StadtA Freising.
- <sup>131</sup> Freisinger Nachrichten vom 13. 4. 1939. Adresse: An der Pfalzstraße 2.
- <sup>132</sup> Antrag auf Rückübertragung vom 6. 4. 1948, StAM, Vermögenskontrolle Freising 137; Freisinger Tagblatt vom 17. 8. 1938 und 1. 3. 1939.
- <sup>133</sup> Freisinger Tagblatt vom 16. 5. 1933; 6. 3. 1939.
- <sup>134</sup> Freisinger Tagblatt vom 24. 1. 1934.
- <sup>135</sup> Freisinger Nachrichten vom 13. 3. 1934.
- <sup>136</sup> Freisinger Nachrichten vom 17. 3. 1934.
- <sup>137</sup> Liste in Altregistratur III-353, StadtA Freising.
- <sup>138</sup> Schrott an Kriner, 29. 3. 1935, Altregistratur III-354, StadtA Freising.
- <sup>139</sup> Kriner an Schrott, 12. 2. 1936, Altregistratur III-354, StadtA Freising.
- <sup>140</sup> Freisinger Tagblatt vom 1. 1. und 29. 3. 1935.
- <sup>141</sup> Schrott an Lederer, 29. 3. 1935, Altregistratur III-379, StadtA Freising. Ob es sich bei diesem Mann namens Schneider um den Lehrer Ludwig Schneider handelte, ließ sich nicht klären.
- <sup>142</sup> Freisinger Tagblatt vom 6. 10. 1936.
- <sup>143</sup> Protokoll der öffentlichen Sitzung der Spruchkammer Freising-Stadt vom 6. 10. 1947. StAM, Spruchkammern, K 3209, Max Kriner, fol. 12.

Anschrift des Verfassers:  
Dr. Paul Hoser, Am Glockenbach 8, 80469 München

## Kommunalwahlen in Fürstenfeldbruck 1946 bis 1978

Von Gerhard Neumeier

In diesem Beitrag soll die Entwicklung der Kommunalwahlergebnisse in Fürstenfeldbruck in den Jahren 1946 bis 1978 aufgezeigt und analysiert werden. Dies war bis jetzt ein Forschungsdesiderat wie die Nachkriegsgeschichte insgesamt. Zudem werden auch die wichtigsten Themen in den Stadtratsitzungen der jeweiligen Wahlperiode sowie die zentralen Aussagen in den Wahlkämpfen beschrieben. Die starke Stellung des Ersten Bürgermeisters in den Kommunen Bayerns nach dem Ende des NS-Regimes in der amerikanischen Besatzungszone und in der demokratischen Bundesrepublik Deutschland erfordert eine jeweilige nähere Betrachtung des Ersten Bürgermeisters in Fürstenfeldbruck. Zentrale Quellen sind die im Stadtarchiv Fürstenfeldbruck liegenden unverzeichneten Wahlergebnisse, die Protokolle der Stadtratsitzungen und die Zeitungsartikel des Fürstenfeldbrucker Tagblattes zu den Positionen der politischen Parteien zu einzelnen Themen.

Bürgermeister Anton Uhl

Kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der NS-Diktatur setzte die amerikanische Militärregierung den Kaufmann Anton Uhl (1877–1952) als kommissarischen Bürgermeister ein. Anton Uhl war bereits in den Jahren 1929 bis April 1933 gewählter 1. Bürgermeister von Fürstenfeldbruck gewesen. Die Amerikaner setzten gleichzeitig einen kommissarischen Stadtrat ein, dem der Förster Albert Daubner, der Schreiner Georg Feicht, der Steuerhelfer Michael Neumeier, der Architekt Adolf Voll und der Kaufmann Hans Wachter angehörten. Alle kommissarisch eingesetzten Stadtratsmitglieder und der kommissarische Bürgermeister waren zu diesem Zeitpunkt parteilos, da politische Parteien noch verboten waren. Der kommissarisch eingesetzte Stadtrat nahm seine Arbeit im Juni 1945 auf und leitete bis zur ersten Kommunalwahl am 27.



Anton Uhl

Foto: Stadtarchiv Fürstenfeldbruck



Hans Wachter

Foto: Stadtarchiv Fürstenfeldbruck

Januar 1946 die Geschicke der Stadt Fürstenfeldbruck. In der Zeit von Juni 1945 bis Januar 1946 waren aus städtischer Sicht eine Reihe von Problemen der Nachkriegsgesellschaft zu bearbeiten, von der Wohnungsnot über die Entlassungen bei der Stadtverwaltung durch die amerikanische Militärregierung bis hin zu Fragen der Arbeitslosigkeit, der Ernährungslage, der Beschaffung von Kleidung, der Verwaltung der Mangelwirtschaft, der Ankerbelugung der Wirtschaft und der Integration der ankommenden Flüchtlinge. Zudem hatte die Stadt für die Versorgung der Displaced Persons (DP) aufzukommen. Nach den Vorstellungen der amerikanischen Militärregierung sollten Demokratie und Rechtsstaat in Deutschland »von unten« aufgebaut werden. Hierzu gehörten vor allem eine lokale Selbstverwaltung und aus freien, direkten, gleichen sowie geheimen Wahlen hervorgegangene politische Entscheidungsgremien, zunächst auf lokaler und regionaler Ebene. In den Jahren 1945 bis 1948 lizenzierte die amerikanische Besatzungsmacht politische Parteien, an deren demokratischer Ausrichtung keine Zweifel bestehen durften.

#### *Parteiengründungen 1945*

Im Herbst des Jahres 1945 gründeten sich in Fürstenfeldbruck auf lokaler Ebene die ersten Parteien – CSU, SPD und KPD, diese drei Parteien nahmen an der ersten demokratischen Kommunalwahl nach dem Zweiten Weltkrieg teil. Bei der ersten Zusammenkunft von Interessenten für die Gründung einer Orts- und Kreisführung der CSU in Fürstenfeldbruck am 8. Dezember 1945 waren beispielsweise die Kaufleute Hans Wachter, Anton Plonner und Fridolin Brück, der Förster Albert Daubner, der Architekt Adolf Voll, die Bäckermeister Max Wimmer und Josef Schwalber, die Schreinermeister Jakob Asam und Bernhard Pulfer, die Schneidermeister Ludwig Paul und Josef Manhart, der Schlossermeister Hans Seeberger, der Metzgermeister Johann Kneißl, der Kaminkehrermeister Alois Eberl, der Spenglermeister Otto Zehelein, der Gastwirt Nikolaus Kiening (Marthabräu), der kaufmännische Leiter Willy Hoch, der Regierungsoberinspektor Georg Schiller, der Reichsbahnoberinspektor Karl Bärmann und der Mechaniker Fritz Dischl anwesend.<sup>1</sup> Der CSU-Ortsverband Fürstenfeldbruck wurde dann am 22. Dezember 1945 gegründet, er

war in erster Linie von Handwerksmeistern und Kaufleuten geprägt, erster Vorsitzender wurde Hans Wachter (1891–1953). Auch in Fürstenfeldbruck war die CSU christlich, demokratisch, konservativ und föderal orientiert. In Bayern zerfiel die CSU bis in die 1950er Jahre in einen christlich-liberalen und in einen katholisch-konservativen Flügel. Der Protagonist des christlich liberalen Flügels war Josef Müller, der Protagonist des katholisch-konservativen Flügels war Alois Hundhammer. Josef Müller (1898–1979) gehörte zum Widerstand gegen das NS-Regime und war Häftling der Konzentrationslager Buchenwald, Flossenbürg und Dachau. Alois Hundhammer (1900–1974) bekämpfte am Ende der Weimarer Republik sowohl den Kommunismus als auch den Nationalsozialismus und kam aufgrund letzterem im Jahr 1933 für einige Monate in das Konzentrationslager Dachau. Hundhammer war Zeit seines Lebens bekennender Monarchist. Die prägenden Persönlichkeiten der SPD in Fürstenfeldbruck nach dem Krieg waren Michael Neumeier sen., der erste Vorsitzende der SPD in der Nachkriegszeit Michael Neumeier jun. und Georg Feicht. Der SPD-Ortsverein wurde im Dezember 1945 in der Gaststätte »Münchener Hof« wieder gegründet, er war vor allem von Arbeitern und Angestellten dominiert. Wichtige Persönlichkeiten der KPD in Fürstenfeldbruck nach dem Zweiten Weltkrieg waren der Mühlenbauer Josef Knöferl, der praktische Arzt Dr. Theodor Krausenecker und der Maurer Alois Huttenlochner.

#### *Stadtratswahl 1946*

Bei der ersten demokratischen Stadtratswahl nach dem Zweiten Weltkrieg am 27. Januar 1946 gab es in Fürstenfeldbruck 3807 Wahlberechtigte, 2453 Frauen (64,4 %) und 1354 Männer, das erforderliche Wahlalter lag bei 21 Jahren. Die zahlenmäßige Dominanz der Frauen erklärte sich dadurch, dass viele Männer im Zweiten Weltkrieg gefallen waren oder sich noch in Kriegsgefangenschaft befanden. Wahlberechtigt waren zudem nur Personen, die mindestens seit einem Jahr in Fürstenfeldbruck ihren Wohnsitz hatten. Die Bevölkerungszahl betrug 9598 Personen, davon 7500 Katholiken (78,1 %), 1500 Protestanten und 598 Personen anderer oder keiner Konfession. Insgesamt 1193 erwachsene Personen durften nicht wählen: 393 Personen, weil sie nicht ortsansässig im Sinne des Wahlrechts

waren, ca. 100 Personen hatten keine deutsche Staatsangehörigkeit und ca. 700 Personen hatten sich aktiv vor dem 1. Mai 1937 in der NSDAP betätigt oder waren als Aktivisten danach eingetreten, dieser Personenkreis unterlag deshalb bei dieser Wahl einem Wahlverbot.<sup>2</sup> Die Wahlbeteiligung lag bei 91,7 % der Wahlberechtigten, dies war eine sehr hohe Wahlbeteiligung.

Kommunalwahl 27. Januar 1946 (in Prozent):

CSU:	55,6
SPD:	38,6
KPD:	5,8

Quelle: Stadtarchiv Fürstfeldbruck, Ordner Kommunalwahl 1946 und 1948

Das Ergebnis dieser ersten freien Kommunalwahl nach dem Ende der NS-Diktatur knüpfte an die politischen Verhältnisse der Weimarer Republik in Fürstfeldbruck an. Die CSU, die in gewisser Weise die Nachfolgepartei der BVP (Bayerische Volkspartei) war, wurde mit Abstand die stärkste politische Kraft in Fürstfeldbruck und erreichte die absolute Mehrheit der Stimmen und Sitze im Stadtrat. Offensichtlich hatten Teile der konservativ-katholischen Lebenswelt die NS-Diktatur zumindest von der Mentalität her überdauert, dies kam nun im herausragenden Wahlergebnis der CSU zum Tragen. Außerdem lag der große Wahlerfolg der CSU an deren milden Umgang mit vielen kleinen ehemaligen NSDAP-Mitgliedern, an der streng antikommunistischen Stimmung in der Bevölkerung, an der Tatsache, dass die Kirchen als effektive Energiequelle und Transmissionsriemen der CSU fungierten, ferner daran, dass es ihr gelang, viele angesehenen Personen am Ort an sich zu binden und vor allem daran, dass die CSU keine Konkurrenz im eigenen Lager fürchten musste, keine Bayernpartei und keine Königspartei. Letzteres war eine Konsequenz der Lizenzierungspolitik der Besatzungsmacht, von der auch die SPD profitierte. Innerhalb des linken Parteienspektrums dominierte eindeutig die SPD, auch dies erinnerte an die politischen Verhältnisse in Fürstfeldbruck in der Weimarer Republik. Der Fürstfeldbrucker SPD gelang es jedoch nicht, aus ihrer Gegnerschaft zum NS-Regime politisches Kapital zu schlagen. Der KPD fehlte weitgehend die sozialstrukturelle Basis in Fürstfeldbruck. Obwohl die weiblichen Wählerinnen fast zwei Drittel der gesamten Wählerschaft stellten, wurden in den Stadtrat ausschließlich Männer gewählt, dies ist erklärungsbedürftig. Zunächst einmal lag das daran, dass die drei politischen Parteien CSU, SPD und KPD auf ihren Listen nur Männer hatten, d. h. die Parteien in Fürstfeldbruck waren von Männern geprägt, die ausnahmslos Männer aufstellten. Zudem ist zu fragen, ob die männlich dominierte NS-Gesellschaft hier noch nachwirkte. Die CSU bekam neun Sitze im Stadtrat, diese Sitze erhielten Georg Henninger (Postinspektor), Karl Huber (Prokurist), Xaver Lugmeier (Baupolier), Josef Mayer (städtischer Angestellter), Josef Schwalber jun. (Bäckermeister), Anton Schwarz (Bauunternehmer), Adolf Voll (Architekt), Hans Wachter (Kaufmann) und Max Wimmer (Bäckermeister). Die SPD erreichte sechs Sitze: Willy Cremer (Heizungsingenieur), Georg Feicht (Schreiner), Adolf Förg (Kaufmann), Johann Keil (Installateur), Michael Neumeier (Steuerhelfer) und Ferdinand Stanglmeier (Dentist). Hans Wachter (CSU) wurde von den Stadträten mit 14 von 15 Stimmen zum 1. Bürgermeister gewählt, mit der gleichen Stimmenzahl wurde Michael Neumeier (SPD) zum 2. Bürgermeister gewählt. Hans Wachter wurde am 8. Mai 1891 in dem kleinen Ort Otterbach in der Nähe von Kaiserslautern in der zu Bayern gehörenden Pfalz als elftes von zwölf Kindern eines Postboten und einer Hebamme geboren. Nach dem Abschluss der Volksschule lernte er den Bergmannsheruf und arbeitete einige

Jahre in verschiedenen Zechen in Lothringen. Im Jahr 1911 wechselte er zur Armee und war vorwiegend in Speyer bzw. Germersheim, also in Heimatnähe, stationiert, den Ersten Weltkrieg machte er bei den Bayerischen Pionieren in einem Scheinwerferbataillon an der Westfront mit. Unmittelbar nach dem Krieg kam er mit seiner Einheit nach Fürstfeldbruck, möglicherweise zur Bekämpfung der Räterepublik in München. Zuletzt war er – bis Oktober 1919 – Angehöriger des Bezirkskommandos III München. Im September 1919 heiratete er Magdalena Ankershoffs, die Tochter des Fürstfeldbrucker Kürschnermeisters sowie Berufskleidungshändlers Karl Ankershoffs und von Magdalena Ankershoffs, einem Vorfahren der Familie war der Adelstitel verliehen worden (Hoffer von Ankershoffs). Frau Magdalena Wachter bekam in den 1920er Jahren zwei Kinder. Das Ehepaar Ankershoffs hatte das Kürschnergeschäft in der Schöngesingerstraße 17. Hans Wachter trat in das Geschäft seiner Schwiegereltern ein und wurde dessen Inhaber. Er handelte mit Colonial- und Schnittwaren, nach einiger Zeit erkannte Wachter die Chance, die ein Bettenspezialgeschäft bot, der heutige »Betten Wachter« in der Schöngesingerstraße. Wachter trat in die Bayerische Volkspartei (BVP) ein und war spätestens seit dem Jahr 1927 Mitglied im Marktgemeinderat Fürstfeldbruck. In dem Ende 1929 gewählten Marktgemeinderat bildete er zusammen mit dem Kaufmann Anton Uhl, dem Posthalter Ludwig Weiß, dem Buchdrucker Hans Huber und dem Notariatsinspektor Georg Soter die Fraktion der Bayerischen Volkspartei (BVP). Hans Wachter übernahm das Referat Turnhalle und Turnplatz und war Mitglied im Hauptausschuss (Verwaltungs-, Finanz- und Personalausschuss, Wohnungsfürsorge), im Sparkassenausschuss, im Bauausschuss und im Ortsfürsorgeausschuss. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Berlin war Wachter aufgrund der Auflösung der BVP nicht mehr Mitglied des Hauptausschusses des Marktes Fürstfeldbruck. Bei der Wahl Adolf Schorers zum Bürgermeister im Frühjahr 1933 stimmte Wachter für seinen Parteifreund Anton Uhl und schied bald danach freiwillig aus dem Marktgemeinderat aus, die politischen Parteien wurden verboten. In der NS-Zeit zog er sich in sein Geschäft zurück, war politisch nicht mehr aktiv und kein Mitglied der NSDAP. Wachter war ein Gegner des NS-Regimes und befürchtete frühzeitig einen Krieg. Seine kritische Haltung gegenüber den Nationalsozialisten war in der kleinen Stadt bekannt, trotzdem hielten ihm seine Kunden, die aus allen Schichten der Bevölkerung kamen, die Treue. In der Kriegszeit ging das Geschäft zurück, konnte sich aber über Wasser halten. Wachter gehörte zu den Gründungsmitgliedern der CSU in Fürstfeldbruck. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Hans Wachter erster gewählter Bürgermeister in Fürstfeldbruck und er war vor allem bestrebt, ein gutes Verhältnis zur amerikanischen Militärregierung aufzubauen. Bis zur Kommunalwahl des Jahres 1952 gehörte Wachter dem Stadtrat an. Er starb am 18. Mai 1953 in Fürstfeldbruck.<sup>3</sup>

#### Stadtratswahl 1948

Kommunalwahl 25. April 1948 (in Prozent):

CSU:	24,2
SPD:	20,6
Bayern-Partei:	19,1
Gemeinschaft:	15,6
Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV):	9,0
UAF – Freunde der Stadt:	5,3
KPD:	3,4
Deutscher Block:	2,8

Quelle: Stadtarchiv Fürstfeldbruck, Ordner Kommunalwahl 1946 und 1948

Auch bei dieser Stadtratswahl waren folgende Bewerber ausgeschlossen: Personen, die bei den Spruchkammerentscheidungen in die Gruppen »Hauptschuldiger«, »Belasteter« oder »Minderbelasteter« eingereiht worden waren und Personen, die Mitglieder der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen waren, solange noch keine rechtskräftige Spruchkammerentscheidung vorlag. Dies kam in der Praxis jedoch kaum zum Tragen, da nur wenige Personen von den Spruchkammern in diese Kategorien eingereiht wurden.

Im ersten gewählten Stadtrat von 1946 bis 1948 gab es keinen Stadtrat, der Mitglied der NSDAP gewesen war, doch bereits bei der Stadtratswahl des Jahres 1948 waren sechs von 21 Stadträten ehemalige NSDAP-Mitglieder, einer von der CSU, drei von der Bayernpartei und zwei von der Gemeinschaft. Die Zahl der ehemaligen NSDAP-Mitglieder im Stadtrat stieg bei den nächsten Kommunalwahlen weiter an, so waren es beispielsweise bei der Kommunalwahl des Jahres 1952 sieben Personen, die vormals das Parteibuch der NSDAP hatten, einer von der CSU, vier von der Überparteilichen Wählergemeinschaft der Alt- und Neubürger und zwei von der Bayernpartei. Bei der Kommunalwahl des Jahres 1956 wurden neun ehemalige NSDAP-Mitglieder zu Stadträten (von 21 Stadträten) gewählt, fünf von der Freien Wählerschaft 1956, zwei von der CSU, einer vom Gesamtdeutschen Block – BHE und einer von der Überparteilichen Wählergemeinschaft der Alt- und Neubürger. Keiner dieser gewählten Stadträte in den Jahren 1948 bis 1960 betätigte sich jedoch im Fürstenfeldbrucker Stadtrat im nationalsozialistischen Sinne, dies war, zumal nach dem Verbot der SRP im Jahr 1952, im demokratischen Rechtsstaat in demokratischen Parteien nur noch schwer möglich. Es herrschte also ein hohe personelle Kontinuität von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern, die dann nach 1945 in den Stadtrat gewählt wurden, jedoch bestand keine ideologische Kontinuität, diese Stadtratsmitglieder verhielten sich pragmatisch und der neuen Staatsform angepasst.

#### *Neue Gruppierungen*

In den Jahren 1946 bis 1948 hatten sich in Fürstenfeldbruck fünf neue politische Gruppierungen gegründet, die Bayern-Partei, die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV) und der Deutsche Block waren bayernweite bzw. nationale Gründungen, die beiden ausschließlich in Fürstenfeldbruck agierenden lokalen Parteien waren die Gemeinschaft und die UAF – Freunde der Stadt. Mit der Bayern-Partei war der CSU ein landesweiter ernsthafter politischer Gegner im konservativ-katholisch-föderalen Spektrum, vor allem in Altbayern, erwachsen. Die Bayern-Partei war ebenso wie die CSU eine Nachfolgepartei der BVP und vertrat extrem föderalistische Interessen. In der Bayernpartei versammelten sich Konservative, Monarchisten und Separatisten, sie war mittelständisch sowie bäuerlich geprägt und vertrat die Eigenständigkeit des bayerischen Freistaates. Bei der Landtagswahl im Jahr 1950 erreichte die Bayernpartei 17,9 Prozent, in den nächsten Landtagswahlen sank ihr Stimmenanteil kontinuierlich, in den Jahren 1954 bis 1957 war sie an der bayerischen Regierung innerhalb der Viererkoalition mit SPD, FDP und BHE beteiligt. Ihr Niedergang war vor allem auf die sog. Spielbankenaffäre zurückzuführen, vom Niedergang der Bayernpartei profitierte vor allem die CSU. Die WAV wurde am 25. März 1946 als vierte Landespartei in Bayern zugelassen und trat vor allem gegen die Entnazifizierung auf, sie verstand sich weder rechts noch links stehend und »frei von verbrauchten Doktrinen und politischen Ideologien«.<sup>4</sup> Im Deutschen Block versammelten sich vorwiegend ehemalige Nationalsozialisten. Die Gemeinschaft und die UAF

– Freunde der Stadt bediente das oft unzufriedene und zumeist konservative Milieu in Fürstenfeldbruck. Auch in den neuen Stadtrat von Fürstenfeldbruck waren keine Frauen gewählt worden. CSU und SPD hatten keine einzige Frau aufgestellt, von der WAV gelangten Paula Lambert, von der Gemeinschaft Edeltraut Klinger und Josefine Baumann, von der Bayernpartei Ida Reiß und von der UAF – Freunde der Stadt Amanda Wohl-muth und Lilly Lehmann auf die jeweilige Liste der Parteien, von denen jedoch keine gewählt wurde. Dies wirft die Frage auf, ob die Wählerinnen und Wähler Politik als ausschließliche Männersache betrachteten.

Das Wahlergebnis verzeichnete dramatische Stimmenverluste der CSU, ein großer Teil ihrer ehemaligen Wähler/innen war zur Bayern-Partei abgewandert. Bayernpartei und CSU hatten die gleichen Wählerschichten im Visier. Der Bayernpartei gelang es in Fürstenfeldbruck, sich im Konflikt mit der CSU als die weiß-blaue Protestbewegung bzw. als »Protestpartei der Einheimischen« zu präsentieren und zu etablieren. Die Unzufriedenheit mit der CSU war zudem auf eine Vielzahl von Faktoren zurückzuführen, einer davon war die Art und Weise der Entnazifizierung, ein anderer war die nach wie vor anhaltende Wohnungsnot, ein dritter könnte in den landesweiten innerparteilichen Führungs- und Flügelkämpfen gelegen haben. Inwieweit auch die Arbeit der CSU im Stadtrat eine Rolle gespielt haben könnte, müssen weitere Forschungen zeigen. Auch die SPD verlor erheblich an Stimmen, deren Wählerinnen und Wähler waren hauptsächlich zur Gemeinschaft und zur WAV übergelaufen. Diese beiden letztgenannten Gruppierungen sowie die Bayern-Partei gehörten zu den Gewinnern dieser zweiten Kommunalwahl nach dem Kriegsende. Inwieweit das Wahlergebnis auf die lokalen Repräsentanten der politischen Gruppierungen in Fürstenfeldbruck bzw. auf die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit diesen zurückzuführen war muss eine offene Forschungsfrage bleiben, sicherlich spielte dieser Faktor eine nicht unwesentliche Rolle. Stefan Grüner spricht in diesem Zusammenhang von einer »Gründungskrise« des jungen westdeutschen Parteiensystems.<sup>5</sup> Die personelle Fluktuation zwischen den beiden Wahlperioden war vor allem bei der CSU und bei der SPD sehr hoch, beispielsweise setzten sich die Stadtratsmitglieder der SPD im Jahr 1948 von einer Ausnahme abgesehen personell völlig anders zusammen als bei der Wahl im Jahr 1946.

Von der CSU wurden Fridolin Brück (Kaufmann), Karl Huber, Leonhard Plonner (Kaufmann), Hans Wachter und Max Wimmer gewählt, von der SPD erhielten Georg Hetterich (Polizeibeamter a. D.), Heinz Kopp (Angestellter), Michael Neumeier, Sebastian Unkmeier sen. (Maurermeister) und Anton Wieland (Bauführer) einen Stadtratssitz, die Bayernpartei konnte Max Hornberger (Bausachverständiger), Karl Ohneis (Bankdirektor), Dr. Josef Rubenbauer (Praktischer Arzt) und Ludwig Weiß jun. (Gutsbesitzer und Hotelier) in den Stadtrat schicken, von der Gemeinschaft wurden Emil Müller (Konrektor a. D.), Adolf Wehdeking (Regierungsdirektor a. D.) und Alfred Wolf (Ingenieur) gewählt, die WAV konnte Albert Rieg (Buchhalter) und Walter Womann (Obst- und Gemüsehändler) in den Stadtrat entsenden und die UAF – Freunde der Stadt erhielt einen Sitz im Stadtrat, diesen besetzte Karl Sporrer (Pianist und Musiklehrer). Michael Neumeier (SPD) wurde vom Stadtrat zum Ersten Bürgermeister gewählt, Zweiter Bürgermeister wurde Leonhard Plonner (CSU).

#### *Bürgermeister Michael Neumeier*

Michael Neumeier wurde am 31. August 1880 in der ländlichen Welt von Adelshofen im westlichen Teil des Landkreises

Fürstenfeldbruck als Sohn eines Kleingütlers geboren. Nach dem siebenjährigen Besuch der Volksschule in Adelshofen arbeitete er zwei Jahre in der Landwirtschaft und übersiedelte im Jahr 1895 mit seinen Eltern und seinen neun Geschwistern nach Fürstenfeldbruck, wo sein Vater als Maurer arbeitete. Die nächste berufliche Station von Michael Neumeier war das Emmeringer Tonwerk. In dieser Zeit, am Ende des 19. Jahrhunderts, erlernte er – für seine familiäre Herkunft aus der bäuerlichen Unterschicht und für seine bisherige Arbeit ungewöhnlich – nach seiner täglichen Arbeit den Beruf des Kaufmanns und legte damit den Grundstein für seinen späteren beruflichen Aufstieg. Es folgten Tätigkeiten als Bau- und Fabrikarbeiter, als Hilfsmonteur und möglicherweise im Büro u. a. in Füssen, Rosenheim, Frankfurt am Main und Berlin. Im Jahr 1903 heiratete er, seine Frau bekam neun Kinder. Im Verlauf dieser zeittypischen beruflichen Wanderjahre dürfte Neumeier die wirtschaftliche, soziale und politische Lage der Arbeiterschaft – größtenteils geringe Verdienste, beengte Wohnverhältnisse, lange Arbeitszeiten, eingeschränkte politische Beteiligungsrechte, kaum Bildungschancen – im Kaiserreich sowie deren teilweise langsame Verbesserungen kennengelernt haben und für politische sowie soziale Fragen sensibilisiert worden sein. Wahrscheinlich trat er im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts der SPD bei. Nach dem Ersten Weltkrieg, den er bei der Infanterie und bei den Pionieren in Frankreich mitmachte und dabei auch Adolf Hitler kennenlernte, wurde er zum Mitglied des Marktgemeinderates Fürstenfeldbruck gewählt. Von 1919 bis 1933 saß er für die SPD im Marktgemeinderat, außerdem bekleidete er von 1924 bis 1928 das Amt des Ortsvorsitzenden der Sozialdemokraten in Fürstenfeldbruck. Er arbeitete bis 1926/27 als Prokurist der Elektrofirma Hirsch in Fürstenfeldbruck, nach der Geschäftsaufgabe der Fa. Hirsch wurde er für einige Jahre arbeitslos. Um das Jahr 1930 erfolgte seine Anstellung als Angestellter bei der Stadtverwaltung Fürstenfeldbruck. Im Marktgemeinderat ab dem Jahr 1930 bekleidete er das Referentenamt für das Obermühlgebäude sowie für die Freibankwohnung und war zusammen mit Albert Daubner Mitglied des Schulpflegschaftsausschusses. Aufgrund der Mitgliedschaft in der SPD wurde Neumeier zu Beginn der NS-Zeit fristlos aus der Stadtverwaltung entlassen. Im Mai/Juni 1933 wurde er erst in das Gefängnis in Fürstenfeldbruck, dann ins Polizeipräsidium in der Ettstraße in München und dann bis November 1933 in das Konzentrationslager Dachau gebracht. Nach seiner Haftentlassung eröffnete er ein kleines Steuerbüro, seine Kundschaft kam vorwiegend aus kleineren Orten wie beispielsweise aus Grafrath, Schöngesing und Mammendorf. Er hatte keine größeren beruflichen Perspektiven und war immer mit dem »Makel« des Sozialdemokraten behaftet. Sofort nach dem Ende von Diktatur und Krieg in Fürstenfeldbruck wurde Neumeier von der amerikanischen Besatzungsmacht in den kommissarisch eingesetzten Stadtrat berufen. Von den sechs Mitgliedern einschließlich des Ersten Bürgermeisters Uhl saßen vier – außer Neumeier noch Uhl, Daubner und Wachter als 2. Bürgermeister – bereits im letzten vor der NS-Zeit frei gewählten Marktgemeinderat. Die Militärregierung griff – wahrscheinlich anhand von sog. »weißen« Listen – für den Wiederaufbau der Kommunalverwaltung unmittelbar nach Kriegsende in der Spitze mehrheitlich auf bewährte demokratische Kräfte aus der Weimarer Republik zurück. Neumeier wurde bei der ersten Stadtratswahl nach dem Zweiten Weltkrieg für die SPD in den Stadtrat gewählt. Bei der Kommunalwahl des Jahres 1948 wurde er vom Stadtrat zum 1. Bürgermeister gewählt. Neumeier war auf die parteiübergreifende Zusammenarbeit der Fraktionen angewiesen. Die Kooperation



Michael Neumeier

Foto: Stadtarchiv Fürstenfeldbruck

mit dem zweiten Bürgermeister Leonhard Plonner soll weitgehend gut gewesen sein. In Zeiten der Krankheit von Neumeier nahm Plonner im zweiten Teil der Wahlperiode oft die Amtsgeschäfte des Ersten Bürgermeisters wahr. Michael Neumeier starb am 4. Dezember 1962 in Fürstenfeldbruck.<sup>6</sup>

#### Stadtratswahl 1952

Kommunalwahl 30. März 1952 (in Prozent):	
CSU:	27,3
Überparteiliche Wählergemeinschaft der Alt- und Neubürger:	22,3
SPD:	18,6
Bayernpartei:	12,5
UAF – Freunde der Stadt:	10,5
Gemeinschaft:	7,7
KPD:	1,2

Quelle: Stadtarchiv Fürstenfeldbruck, Ordner Kommunalwahl 1952

Die Wahlperiode der Jahre 1948 bis 1952 begann mit der Währungsreform des Jahres 1948, das Kapitalvermögen der Stadt war laut Bürgermeister Neumeier restlos dem Währungsschnitt zum Opfer gefallen. Fehlende finanzielle Möglichkeiten prägten seither die Arbeit des Stadtrates. In diesem Zeitraum wurde das neue Knabenschulhaus errichtet. Zur Behebung der Wohnungsnot hat die Stadt Grundstücke hingegeben und durch Zuschüsse an Wohnungsbaugenossenschaften wurde der Bau von 146 Wohnungen ermöglicht. Die Stadt förderte das Gesundheitswesen durch die Generalüberholung des Städtischen Krankenhauses und ermöglichte den Wiederaufbau des Städtischen Familienbades. Auch der Eisenbahnhaltepunkt Buchenau wurde errichtet. Das wirtschaftliche Hauptproblem war die Erhaltung und Erweiterung der Leistungsfähigkeit der Stadtwerke, das Kraftwerk Obermühle wurde umgebaut. Das Vermögen der Stadt hatte sich um eine Million DM erhöht.<sup>7</sup> Im Wahlkampf benannte der Bezirks- und Ortsvorsitzende der Bayernpartei, Dr. Lorenz Lampl, die Kanalisation und das Wohnungsbauprogramm als vordringlichste Aufgaben.<sup>8</sup> SPD und Gemeinschaft gingen eine Wahlkoalition ein. Ein Kandidat

der SPD, Heinz Kopp, wandte sich gegen die Auffassung von Dr. Bauer von der Überparteilichen Wählergemeinschaft, dass die Parteipolitik aus dem Kommunalparlament zu verbannen sei. Für Kopp waren die wichtigsten Aufgaben des nächsten Stadtrates das Schulwesen, der Straßenbau und die Schaffung von Arbeitsplätzen, zudem wies er darauf hin, dass der beherrschende Teil der Überparteilichen Wählergemeinschaft aus der ehemaligen NSDAP stamme.<sup>9</sup> Die Überparteiliche Wählergemeinschaft sprach sich gegen Partei- und Günstlingswirtschaft aus.<sup>10</sup>

Wie wirkte sich der Fürstenfeldbrucker Wahlkampf auf die Ergebnisse der Kommunalwahl aus? Die Wahlbeteiligung war auf 77 Prozent gesunken. Das Ergebnis der Kommunalwahl im Jahr 1952 war ein politischer Paukenschlag, denn die neugegründete »Überparteiliche Wählergemeinschaft der Alt- und Neubürger« wurde mit über einem Fünftel der Wählerstimmen bald nach ihrer Gründung zweitstärkste politische Kraft im Stadtrat von Fürstenfeldbruck. Dieses Ergebnis war ein Hinweis darauf, dass Teile der Fürstenfeldbrucker Bevölkerung mit den bisherigen politischen Parteien weiterhin unzufrieden waren. In dieser lokalen politischen Partei »Überparteiliche Wählergemeinschaft der Alt- und Neubürger« gaben die ehemaligen NSDAP-Mitglieder den Ton an, die sich jedoch jetzt an die demokratischen politischen Spielregeln hielten. Ab der Kommunalwahl des Jahres 1952 hatte sich aufgrund der neuen Gemeindeordnung vom 18. Januar 1952 das Wahlrecht geändert, nun wurde der Erste Bürgermeister von der Bevölkerung direkt gewählt.<sup>11</sup>

#### *Bürgermeister Dr. Fritz Bauer*

Mit dem Rechtsanwalt Dr. Fritz Bauer stellte die »Überparteiliche Wählergemeinschaft der Alt- und Neubürger« den 1. Bürgermeister, der sich in der Stichwahl gegen Leonhard Plonner (CSU) durchgesetzt hatte, beide Kandidaten waren ehemalige NSDAP-Mitglieder. Dr. Bauer wurde in der Stichwahl von der SPD unterstützt.

Fritz Bauer wurde am 23. Dezember 1912 in Kaufbeuren geboren. Er studierte Jura in München und legte im Jahr 1937 seine Dissertation über die »Eheanfechtungsgründe des deutschen

bürgerlichen Gesetzbuches« an der juristischen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität zu Erlangen vor. Dr. Bauer wurde im Jahr 1940 NSDAP-Mitglied, zudem war er Mitglied im NS-Rechtswahrerbund und in der NS-Volkswohlfahrt. Nach dem Jurastudium hat er am Oberlandesgericht München und später am Finanzamt München gearbeitet. Im Jahr 1941 wechselte er zur Verkehrsverwaltung und wurde nach Berlin versetzt, er war als Beauftragter des Reichsverkehrsministeriums beim Oberkommando der Wehrmacht tätig. Später war er Tarifdezernent in Riga und im Jahr 1942 wurde er nach Smolensk versetzt. Von dem Fürstenfeldbrucker Ortsgruppenleiter und Lehrer Heinrich Böck sowie von Kreisleiter Franz Emmer wurde Dr. Bauer bescheinigt, dass er politisch einwandfrei sei. Die Spruchkammer Fürstenfeldbruck stufte ihn im Februar 1947 im Rahmen seines Entnazifizierungsverfahrens als Mitläufer ein. Dr. Bauer vertrat anwaltschaftlich prominente Fürstenfeldbrucker Nationalsozialisten wie Kreisleiter Franz Emmer, NS-Frauenschaftsführerin Franziska Heitmeyer, Entenmaler Franz Gräßel und Apotheker Hans Kolb in den Spruchkammerverfahren.<sup>12</sup> Ende der 1940er Jahre startete Bauer seine politische Karriere in Fürstenfeldbruck. Im November 1950 kandidierte er erfolglos für die Wirtschaftliche Aufbauvereinigung (WAV) für den Bayerischen Landtag. Zusammen mit dem Apotheker Hans Kolb (1902–1962) und dem Vorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft, dem Ingenieur Eduard Chwalibog (1904–1972), gründete Dr. Fritz Bauer die »Überparteiliche Wählergemeinschaft der Alt- und Neubürger« für die Stadtrats- und Kreistagswahlen 1952. Auf der 13-köpfigen Liste der »Überparteilichen« befanden sich acht ehemalige NSDAP-Mitglieder. Die »Überparteilichen« errangen bei der Stadtratswahl einen großen Erfolg und zogen mit fünf Sitzen in den Stadtrat ein. Dr. Fritz Bauer wurde zum Ersten Bürgermeister gewählt, ein Amt, welches er bis 1962 durch zweimalige Wiederwahl in den Jahren 1956 und 1960 inne hatte. Im Jahr 1962 trat Bauer als Erster Bürgermeister zurück, vorgeblich aus gesundheitlichen Gründen. Zudem war er über seine Amtszeit als Erster Bürgermeister hinaus bis zum Jahr 1972 Stadtrat, in den Jahren von 1956 bis 1960 sowie im Jahr 1972 war er Kreisrat, 1972 war er 2. Stellvertreter des Landrates. Dr. Fritz Bauer starb am 22. Juli 1990 in Fürstenfeldbruck.

Zweiter Bürgermeister wurde Heinz Kopp (SPD), der Schwiegersohn von Michael Neumeier sen. Die CSU verzeichnete leichte Stimmengewinne, die SPD leichte Verluste. Deutliche Verluste erlitt die Bayern-Partei, vor allem an die Überparteiliche Wählergemeinschaft der Alt- und Neubürger. Die CSU erhielt sechs Stadtratssitze, gewählt wurden Karl Huber (Prokurist), Leonhard Plonner (Kaufmann), Josef Mayer (Angestellter), Fridolin Brück (Kaufmann), Dr. Friedrich Burmeister (Abteilungsleiter) und Bernhard Pulfer (Schreinermeister). Die Überparteiliche Wählergemeinschaft konnte Dr. Fritz Bauer (Rechtsanwalt), Hans Kolb (Apotheker), Thomas Mall (Stadtoberinspektor a. D.), Hans Maurer (Kassenleiter), Eduard Chwalibog (Ingenieur) und Dr. Günther Fritsch (Referendar) in den Stadtrat entsenden, von der SPD wurden Michael Neumeier sen. (Rentner), Heinz Kopp (Steuerhelfer), Willy Buchauer (Angestellter) und Walter Schwarz (Gewerkschaftssekretär) gewählt, die Bayern-Partei erhielt zwei Sitze und schickte Dr. Josef Rubenbauer (praktischer Arzt) sowie Ludwig Weiß jun. (Hotelier) in den Stadtrat, die UAF – Freunde der Stadt erhielt zwei Sitze, die Karl Sporrer (Pianist) und Max Kern (Holz- und Kohlenkaufmann) bekleideten, die Gemeinschaft erhielt einen Sitz im Stadtrat, den Alfred Wolf (Ingenieur) einnahm.



*Dr. Fritz Bauer*

Foto: Stadtarchiv Fürstenfeldbruck

### Stadtratswahl 1956

Kommunalwahl 18. März 1956 (in Prozent):	
Freie Wählerschaft 1956:	25,9
SPD:	25,4
CSU:	24,5
Brucker Block (Bayernpartei, FDP, Parteifreie)	8,2
Gesamtdeutscher Block – BHE:	7,1
UAF – Freunde der Stadt:	5,0
Überparteiliche Wählergemeinschaft der Alt- und Neubürger:	3,9

Quelle: Stadtarchiv Fürstenfeldbruck, Ordner Kommunalwahl 1956

In den Jahren 1952 bis 1956 gehörten die wirtschaftlich schwierige Situation der Aumühle, die Verbesserung der Ausstattung des Krankenhauses und dessen Erweiterung, die Freigabe von Wohnraum aus den Händen der Amerikaner und die Bereitstellung von Baugrund für den Wohnungsbau, der Neubau der Oberrealschule, die Industrieansiedlung der Fa. Butan GmbH und die Verabschiedung der Haushaltspläne zu den wichtigsten Erörterungsgegenständen des Stadtrates.<sup>13</sup>

Im Wahlkampf bezeichnete die SPD die freien Wählerschaften als Schwäche der Parteien in der Kommunalpolitik.<sup>14</sup> Der Bürgermeisterkandidat der SPD, Julius Engel, zählte den Straßenbau zu den wichtigsten Aufgaben.<sup>15</sup> Der Bürgermeisterkandidat der CSU, Karl Huber (Prokurist der Firma Anton Uhl KG) trat vor allem für die Sparsamkeit der Stadt ein und widmete der Kanalisation seine besondere Aufmerksamkeit.<sup>16</sup> Brucker Block, Gesamtdeutscher Block – BHE, die UAF – Freunde der Stadt und die Überparteiliche Wählergemeinschaft der Alt- und Neubürger gingen eine Listenverbindung ein.<sup>17</sup> Der Bürgermeisterkandidat dieser Listenverbindung war Bruno Pietsch, er griff den Parteienhader der letzten vier Jahre an und wollte mit sämtlichen Parteien und Gruppen gut zusammenarbeiten.<sup>18</sup> Der Bürgermeisterkandidat der Gruppierung Freie Wählerschaft, Dr. Fritz Bauer, sah als wichtigste Aufgabe den Wohnungsbau an.<sup>19</sup> Es dauerte in Fürstenfeldbruck relativ lange, bevor sich der Gesamtdeutsche Block – BHE gründete, denn diese politische Gruppierung wurde in Bayern bereits im Jahr 1950 gegründet und war an allen bayerischen Landesregierungen in den Jahren 1950 bis 1962 beteiligt. Als Hauptprogramm punkt vertrat der BHE die Interessen der Flüchtlinge. Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen fast zwei Millionen Flüchtlinge und Vertriebene nach Bayern, ca. die Hälfte davon stammte aus der Tschechoslowakei und etwa ein Viertel aus Schlesien. Im Jahr 1950 stellten die Flüchtlinge etwas über 20 Prozent der bayerischen Bevölkerung. Der BHE hatte seine Hochburgen im ländlichen Raum und im BHE versammelten sich viele ehemalige Nationalsozialisten.<sup>20</sup>

Die Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl in Fürstenfeldbruck lag bei knapp 77 Prozent. Die KPD wurde im Jahr 1956 verboten und trat in Fürstenfeldbruck schon nicht mehr zur Kommunalwahl an. Aus der Überparteilichen Wählergemeinschaft hatte sich die Freie Wählerschaft 1956 heraus entwickelt. Frühere führende Angehörige der Überparteilichen Wählergemeinschaft wie z. B. Dr. Fritz Bauer und Hans Kolb gründeten die Freie Wählerschaft 1956, die auf Anhieb stärkste politische Kraft im neuen Stadtrat wurde. Klarer Verlierer der Wahl waren der Brucker Block bzw. vor allem die Bayernpartei und die Überparteiliche Wählergemeinschaft, diese hatte ihre Wähler/innen hauptsächlich an die Freie Wählerschaft 1956 verloren. Die CSU verlor zwei Stadtratssitze, die SPD hatte deutlich gewonnen. Die Gemeinschaft war nicht mehr angetreten. Der Stadtrat war nun von drei etwa gleich großen Parteien domi-

niert, dies waren die Freie Wählerschaft 1956, die SPD und die CSU, diese drei politischen Parteien konnten jeweils fünf Personen in den Stadtrat entsenden.

Für die Freie Wählergemeinschaft 1956 wurden Dr. Fritz Bauer (Rechtsanwalt und 1. Bürgermeister), Hans Kolb (Apotheker), Max Kern (Kohlenhändler), Dr. Josef Rubenbauer (praktischer Arzt), Fritz Heubeck (ehemaliger Angestellter der Stadtverwaltung) und Hans Mall (Schlosser) gewählt, für die SPD gelangten Julius Engel (Studienrat), Willy Buchauer (Verwaltungsangestellter), Walter Schwarz (Gewerkschaftssekretär), Michael Neumeier jun. (städtischer Angestellter) und Helmut Geys (juristischer Sachbearbeiter) in den Stadtrat, von der CSU wurden Ludwig Weiß (Hotelier), Josef Mayer (städtischer Angestellter), Karl Huber (Prokurist), Leonhard Plonner (Kaufmann) und Fridolin Brück (Kaufmann) gewählt, für den Brucker Block saßen Dr. Ernst Schmidhuber (Jurist/Notar) und Kurt Fabig (Volksschullehrer) im Stadtrat, der Gesamtdeutsche Block – BHE konnte Gustav Kubatschek (Näh- und Schreibmaschinenhändler) entsenden, für die UAF – Freunde der Stadt konnte Karl Sporrer (Pianist) einen Stadtratssitz erringen und von der Überparteilichen Wählergemeinschaft der Alt- und Neubürger wurde Thomas Mall (Stadtoberinspektor a. D.) gewählt. In der Bürgermeisterstichwahl konnte sich Dr. Fritz Bauer (Freie Wählerschaft 1956) gegen Julius Engel (SPD) durchsetzen, 2. Bürgermeister wurde Karl Huber (CSU).

### Stadtratswahl 1960

Kommunalwahl 27. März 1960 (in Prozent):	
SPD:	28,2
CSU:	27,9
Freie Wählerschaft 1956:	26,6
Gesamtdeutscher Block (BHE):	9,6
Brucker Block (Bayernpartei, FDP, Parteifreie):	6,6

Quelle: Stadtarchiv Fürstenfeldbruck, Ordner Kommunalwahl 1960

In diesem Zusammenhang erscheint die Sozialstruktur der Stadt von großem Interesse, die sich anlässlich der Wahl aufzeigen lässt:

Sozialstruktur von Fürstenfeldbruck 1959	
Gelernte Arbeiter/Handwerker:	22,3 %
Einfache/mittlere nichtstaatl. Angestellte:	20,0 %
Einfache/mittlere staatl./städt. Angestellte/Beamte:	16,0 %
Privatier/Rentner/a.D./i. R.:	12,1 %
An- und ungelernete Arbeiter/Handwerker:	12,0 %
Handwerksmeister:	4,9 %
Gewerbetreibende	
(Kaufleute, Wirte, Fuhrwerksbesitzer):	4,0 %
Höhere nichtstaatl. Angestellte:	3,5 %
Akademiker:	3,0 %
Höhere staatl./städt. Angestellte/Beamte:	1,7 %
N = 640	

Quelle: Stadtarchiv Fürstenfeldbruck, Adressbuch 1959

Die Sozialstruktur Fürstenfeldbrucks im Jahr 1959 wurde von Arbeitern/Handwerkern sowie von einfachen und mittleren staatlichen/städtischen sowie einfachen und mittleren nicht-staatlichen Angestellten dominiert, knapp zehn Prozent der erwachsenen Bevölkerung war selbständig. Diese sozialen Gruppierungen waren die Zielgruppen der Parteien.

In der Periode der Jahre 1956 bis 1960 beschäftigte sich der Stadtrat beispielhaft mit folgenden Themen: Änderung der Satzungen für das Josefstift und das Bürgerheim, Pflegesätze im

Städtischen Krankenhaus, Wirtschaftsbetrieb im Städtischen Amperbad, Verlegung der B 2, Straßenbaukosten, Schulbuslinien, Wohnungsbau für die Bundeswehr, Änderungen für Gebührensatzungen, Verkehrssignalanlagen, Baulinienfestsetzungen, Oberrealschulneubau, Veräußerung des Städtischen Krankenhauses an den Landkreis, Bauvorhaben für Kinderreiche, Erhebung des Notzehnerls zugunsten des Wohnungsbaues, Ausarbeitung eines Vorprojekts für das Heizkraftwerk, Katasterneuvermessung des Stadtgebietes, Errichtung von Kindergärten, Volksschulfragen und Bau von Volksschulen, Erweiterung des Bebauungsgebietes im Westen, Umbaumaßnahmen im alten Knabenschulhaus, Wohnraumbewirtschaftung, Ausgestaltung der Leonhardikirche zur Kriegergedächtnisstätte, Hebesatz für die Grundsteuer B sowie Aufstellungen der Haushaltspläne.<sup>21</sup>

Freie Wählerschaft 1956 und BHE gingen im Wahlkampf eine Listenverbindung ein. Auf Vorschlag der Standortkameradschaft des Bundeswehrverbandes und des Berufsverbandes der Wehrbediensteten wurden zwei Kandidaten in die Liste der Freien Wählerschaft 1956 aufgenommen.<sup>22</sup> Dr. Bauer von der Freien Wählerschaft hob im Wahlkampf das Engagement seiner Partei bei den Industrieansiedlungen in den letzten Jahren hervor, zudem sei das Hauptproblem in Fürstenfeldbruck in der Zukunft die Kanalisation.<sup>23</sup> Die CSU trat im Wahlkampf für die Förderung der Schulen, Kindergärten und Altersheime, den baldigen Bau einer Turnhalle, die Förderung des kulturellen Lebens, die Unterstützung der Sportvereine, die Förderung des Wohnungsbaues, die Verbesserung der Straßenverhältnisse, den beschleunigten Ausbau der Kanalisation, eine sparsame und unbürokratische Verwaltung sowie für erträgliche Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer ein.<sup>24</sup> Der Wahlkampf wurde sehr hitzig und emotional geführt.

Das Kommunalwahlergebnis des Jahres 1960 ähnelte sehr dem Kommunalwahlergebnis des Jahres 1956, denn wieder gab es mit der SPD, der CSU und der Freien Wählerschaft 1956 drei etwa gleich starke Parteien, SPD und CSU verzeichneten dabei leichte Zugewinne. Die Gruppierungen UAF – Freunde der Stadt und die Überparteiliche Wählergemeinschaft der Alt- und Neubürger traten zur Kommunalwahl im Jahr 1960 nicht mehr an, deren Wähler/innen liefen im wesentlichen zur SPD und zur CSU über. Der BHE konnte sein Stimmenergebnis leicht verbessern, der Brucker Block verlor leicht. Insgesamt hielten sich die Wählerwanderungen zwischen den drei stimmenstärksten Parteien in engen Grenzen, es ist deshalb von stabilem, sich wenig verändertem Wahlverhalten der Bevölkerung auszugehen. Die Wählerinnen und Wähler zogen also ein politisches Patt ohne ein dominierendes Macht- und Entscheidungszentrum vor, möglicherweise eine Reaktion auf den totalitären Einheitsstaat der NSDAP. Im Wesentlichen handelte es sich dabei um ein zweigeteiltes bürgerlich-konservatives Lager sowie um die Anhängerschaft der SPD. Die freie Wählerschaft hatte endgültig einen großen Teil der Bayernpartei absorbiert. Das Wahlergebnis fiel in den einzelnen Wahlbezirken sehr unterschiedlich aus, denn die CSU erreichten in den Innenstadtbezirken »Rathaus« und »Jungbräu« jeweils 37,0 Prozent der Stimmen und im Bezirk »Meringer Bierstüberl« nur 14,1 Prozent sowie im Bezirk »Orchidee-Werk« sogar nur 10,3 Prozent, also in den Außenbezirken der Stadt. Bei der SPD verhielt es sich umgekehrt, sie erreichte beispielsweise im Bezirk »Rathaus« nur 18,7 Prozent, während sie dagegen im Bezirk »Meringer Bierstüberl« 43,2 Prozent und im Bezirk »Orchidee-Werk« sogar auf 45,5 Prozent der Stimmen kam. Tendenziell wählten also die alteingesessenen Bürgerinnen und Bürger eher die CSU und die Zuwanderer eher die SPD, vor-

allem die Flüchtlinge wählten vorwiegend SPD. Ansonsten spiegelten die unterschiedlichen Wahlergebnisse der verschiedenen Wahlbezirke die Sozialstrukturen der einzelnen Stadtviertel wieder, so wählten Handwerksmeister und Kaufleute vorwiegend CSU und Arbeiter sowie einfache und mittlere städtische/staatliche und nichtstaatliche Angestellte eher die SPD. Auch die Wahlergebnisse der anderen Parteien differierten je nach Wahlbezirk erheblich, so erhielt der BHE beispielsweise im Wahlbezirk »Jungbräu« nur 4,9 Prozent, während er im Wahlbezirk »Orchidee-Werk« auf 21,8 Prozent der Stimmen kam. Die geringsten Unterschiede nach Wahlbezirken wies die Freie Wählerschaft 1956 auf.<sup>25</sup>

Die SPD erhielt sechs Stadtratsitze, diese bekleideten Willy Buchauer (Verwaltungsangestellter), Walter Schwarz (Gewerkschaftssekretär), Helmut Geys (juristischer Sachbearbeiter), Adolf Mayer, Michael Neumeier jun. (städtischer Angestellter) und Hans Korn (Regierungsobersinspektor i. R.), die CSU erreichte ebenfalls sechs Sitze im Stadtrat, für die CSU wurden Karl Huber (Prokurist), Franz Schütte (Rechtsanwalt), Leonhard Plonner (Kaufmann), Dr. Hans Lindemann (Oberstudiendirektor), Josef Schwalber (Bäckermeister) und Anton Hoch (Baumeister), die Freie Wählerschaft 1956 erhielt, einschließlich des 1. Bürgermeisters, ebenfalls sechs Sitze, diese bekamen Dr. Fritz Bauer (Rechtsanwalt und 1. Bürgermeister), Hans Mall (Schlosser), Hans Kolb (Apotheker), Fridolin Brück (Kaufmann, von der CSU übergetreten) und Kurt Fabig (Volksschullehrer, vom Brucker Block übergetreten), der Gesamtdeutsche Block (BHE) bekam zwei Stadtratsitze, die von Gustav Kubatschek (Näh- und Schreibmaschinenhändler) und Dr. Wolfgang Klinger (prakt. Arzt) eingenommen wurden und der Brucker Block erhielt einen Stadtratsitz, den Dr. Lorenz Lampl (prakt. Arzt) bekleidete. Erneut wurde Dr. Fritz Bauer von der Freien Wählerschaft 1956 zum 1. Bürgermeister gewählt. Dr. Bauer trat aber im Jahr 1962 von seinem Amt zurück, sein Nachfolger wurde Willy Buchauer (SPD), der von der Bevölkerung am 16. September 1962 mit deutlicher Mehrheit gewählt wurde.

#### *Bürgermeister Willy Buchauer*

Willy Buchauer wurde am 24. Januar 1915 in Fürstenfeldbruck geboren. Sein Vater, der Bäcker Martin Buchauer, geboren am 24. September 1887 in Wasserburg, war einige Jahre zuvor nach Fürstenfeldbruck zugewandert und errichtete im Jahr 1925 in der Schöngesinger Straße eine Bäckerei. Martin Buchauer war nicht Mitglied der NSDAP, nach dem 2. Weltkrieg war er von 1945 bis 1959 Obermeister der Bäckerinnung, er starb im Jahr 1961. Die Mutter von Willy Buchauer, geboren am 24. Februar 1886 in Pfäffenhofen, starb bereits im Jahr 1932, ihr Sohn war damals 17 Jahre alt. Der in einem Bäckerhaushalt aufgewachsene spätere Erste Bürgermeister von Fürstenfeldbruck lernte zunächst selbst das Bäckerhandwerk und lebte bis im Jahr 1934 im Hause seiner Eltern. Danach zog es ihn nach Österreich, im Jahr 1939 gab er als seinen Wohnsitz die Kaserne in Leoben in der Steiermark an. In dieser Zeit muss er seine spätere Ehefrau kennengelernt haben, die beiden heirateten während des Zweiten Weltkrieges. In diesem Krieg war Willy Buchauer Feldwebel der Wehrmacht, NSDAP-Mitglied war er nicht. Nach dem Krieg pendelte er zunächst zwischen seiner in Österreich lebenden Ehefrau und Fürstenfeldbruck hin und her und ließ sich im Juni 1946 endgültig wieder in Fürstenfeldbruck nieder. Bald bekam Buchauer eine Stelle im Landratsamt Fürstenfeldbruck und bezeichnete sich seitdem als »Verwaltungs- oder »Behörden«-Angestellter. In der unmittelbaren Nachkriegszeit trat er auch der SPD bei. Bald übte er



Willy Buchauer

Foto: Stadttarchiv Fürstenfeldbruck

das Amt des Revisors des Ortsvereins der SPD aus und im Jahr 1952 wurde er erstmals in den Stadtrat gewählt, in den Jahren 1956 bis 1966 war er Referent für Altersheime. Im Jahr 1960 wurde Buchauer von seinen Stadtratskollegen zum 2. Bürgermeister gewählt, ein Amt, das er bis zu seiner Wahl durch die Bevölkerung zum Ersten Bürgermeister im Jahr 1962 nach dem Rücktritt des 1. Bürgermeisters Fritz Bauer ausübte. Willy Buchauer war dann in den Jahren 1962 bis 1978 1. Bürgermeister. Er starb am 5. Januar 1990 in Fürstenfeldbruck.<sup>26</sup>

#### Stadtratswahl 1966

Kommunalwahl 13. März 1966:

SPD:	40,8
CSU/Bayernpartei:	30,0
Freie Wählerschaft 1956:	19,7
Brucker Bürgervereinigung (BBV):	3,4
NPD:	3,1
Wählergemeinschaft Brucker Bürger:	3,0

Quelle: Stadttarchiv Fürstenfeldbruck, Ordner Kommunalwahl 1966

Zentrale Themen, mit denen sich der Stadtrat in der Zeit von 1960 bis 1966 beschäftigte, waren beispielsweise die Erweiterung der katholischen Mädchenschule, die Vergabe städtischer Wohnungen, der Bau von Turnhallen für die Schulen, die Einbeziehung von städtischen Grundstücken in Bebauungs- und Industriegebiete, die Aufstellungen von Bebauungsplänen, die Errichtung von Kindergärten, die Verlegung des Grünen Marktes, die einzelnen Straßenbauprogramme, Industrieansiedlungsfragen, die Bildung von Sonderklassen für hilfsbedürftige Kinder, die Erdgasversorgung, das Gesuch der Gemeinde Puch um Anschluss an das städtische Wasserleitungsnetz, die Erweiterung der städtischen Verwaltung, die Erweiterungen oder den Bau von Volksschulen, die Umgehung der Stadt durch eine Nordtrasse (B 471), der Verkauf des Bürgerheimes sowie die Verabschiedung von Haushaltsplänen.<sup>27</sup> In den Jahren 1960 bis 1966 war die Stadt Fürstenfeldbruck stark gewachsen, dies erforderte vor allem Maßnahmen im Infrastrukturbereich. Mittlerweile hatte sich das Wahlrecht nochmals geändert, denn nun fanden – und finden – die Kommunalwahlen in Bayern

im Abstand von sechs Jahren statt. Bei dieser Kommunalwahl gingen die CSU und die Bayernpartei eine Listenverbindung ein. Die Wählergemeinschaft Brucker Bürger war eine politische Gruppierung im konservativ-liberalen Bereich, die im Wahlkampf den fehlenden Wohnungsbau und den schlechten Zustand der Straßen kritisierte, die Spitzenkandidaten waren der Geschäftsführer Heribert Golla und der Gastwirt Erwin Felber. Ein Jahr vor der Kommunalwahl wurde die Brucker Bürgervereinigung (BBV) gegründet, eine politische Bewegung etwas links von der politischen Mitte, die Spitzenkandidaten waren Dieter Thomas (Testpilot), der Bauführer Günter Fritz und der Handelsvertreter Rolf Krafft, etwa 20 Prozent der BBV-Mitglieder waren Flüchtlinge.<sup>28</sup> Die BBV forderte ein Sportzentrum in Fürstenfeldbruck.<sup>29</sup> Auch die NPD, die deutschlandweit im Jahr 1964 gegründet wurde und eine völkische, nationalistische und revanchistische Ideologie hatte und hat, trat erstmals zur Kommunalwahl an, die Spitzenkandidaten waren die beiden Kaufleute Paul Steinbrecher und Horst von Pelchrzim.<sup>30</sup> Der BHE trat bei dieser Wahl nicht mehr an. Die Freie Wählerschaft sprach sich gegen Parteivorherrschaften und gegen Parteiprotektion in den Ämtern aus und propagierte einen Ausbau des Schulsystems.<sup>31</sup> Dr. Hans Lindemann (CSU) sprach sich für weitere Industrieansiedlungen aus.<sup>32</sup> Die Freie Wählerschaft 1956 bezeichnete sich als Partei der Flüchtlinge.<sup>33</sup> Eindeutiger Gewinner der Wahl war die SPD, die über zehn Prozentpunkte hinzugewinnen konnte, CSU und Bayernpartei zusammen stagnierten im Vergleich der Wahl aus dem Jahr 1960, Verlierer der Wahl war die Freie Wählerschaft 1956. Die Konzentration der Wählerstimmen auf die großen Parteien CSU und SPD vollzog sich im Falle Fürstenfeldbrucks also erst Mitte der 1960er Jahre und damit im innerbayerischen Vergleich sehr spät.

Für die SPD wurden als Stadträte Willy Buchauer, Hans Korn, Helmut Geys, Walter Schwarz, Michael Neumeier jun., Alfred Biber (Buchhalter), Adolf Mayer, Josef Hutter (Maurer), Simon Heimerl (Postobersekretär), Franz Schmid (Vermessungsoberssekretär), Friedrich Sattler (Oberfeldwebel), Werner Hillebrand (Gewerkschaftsangestellter) und Josef Widmann (Bundeswehrangestellter) gewählt, für die CSU/Bayernpartei kamen Franz Schütte, Karl Huber, Dr. Hans Lindemann, Max Steer (Sonderschullektor), Dr. Lorenz Lampl, Josef Kellner (Schlossermeister), Josef Schwalber und Hans Lechner (Finanzbeamter) in den Stadtrat, die Freie Wählerschaft 1956 konnte Heinrich Perzlmaier (Vermögensverwalter), Dr. Ferdinand Königer (Facharzt für Orthopädie), Johann Mall, Dr. Fritz Bauer und Fridolin Brück in den Stadtrat entsenden, der erste Stadtrat der BBV war Thomas Dieter (Testpilot bei der Bundeswehr). Die Zahl der Stadträte – einschließlich des 1. Bürgermeisters – hatte sich von 21 auf 26 erhöht. Willy Buchauer (SPD), der bisherige Amtsinhaber, wurde mit einer Mehrheit von fast drei Viertel der Stimmen wieder zum 1. Bürgermeister gewählt, sein Gegenkandidat war Dr. Hans Lindemann (CSU).

#### Stadtratswahl 1972

Kommunalwahl 11. Juni 1972 (in Prozent):

SPD:	46,0
CSU:	36,8
Freie Wählerschaft 1956:	12,0
Brucker Bürgervereinigung (BBV):	5,2

Quelle: Stadttarchiv Fürstenfeldbruck, Ordner Kommunalwahl 1972

In den Jahren 1966 bis 1972 hatte sich der Stadtrat beispielsweise mit folgenden, zentralen Themen beschäftigt: Kosten

Kommunalwahl 5. März 1978 (in Prozent):	
CSU:	51,7
SPD:	33,5
Freie Wählerschaft Fürstenfeldbruck:	7,4
FDP:	4,1
Brucker Bürgervereinigung (BBV):	3,2

Quelle: Stadtarchiv Fürstenfeldbruck, Ordner Kommunalwahl 1978

beim Bau der Turnhallen des Gymnasiums, Erweiterung des Gymnasiums, Kanalbauprogramme, Straßenbauprogramme, Umgehungsstraße, Ausbau der Ortsdurchfahrt, Bebauungsplan »Senserberg« und weitere Bebauungspläne, Regionalentwicklungsplan für die Region München, Begründung der Städtepartnerschaft mit Livry-Gargan, Wirtschaftspläne der Stadtwerke, Planung eines Sportzentrums, Errichtung eines Landesjugendhofes, Errichtung von Kindergärten, Sparkassenneubau auf dem Areal des derzeitigen Rathauses, Erweiterungsbau des Amtsgerichts, Behebung der Schulraumnöte und die Verabschiedung von Haushaltsplänen.<sup>34</sup> Die Stadt Fürstenfeldbruck verzeichnete in den Jahren 1966 bis 1972 ein rasches und großes Bevölkerungswachstum, deshalb stand vor allem die Erweiterung der Infrastrukturmaßnahmen im Vordergrund der Beratungen des Stadtrates.

Im Wahlkampf befürwortete Max Steer (CSU) eine stärkere Bezuschussung der Erwachsenenbildung.<sup>35</sup> Die BBV sprach sich für die Nordumgehung der Stadt und dafür, dass der Hauptplatz zur Fußgängerzone gemacht werden sollte, aus.<sup>36</sup> Die SPD wollte weitere Kinderspielplätze schaffen und das Angebot an Kindergartenplätzen erhöhen, zudem sollte nach Auffassung der SPD im Westen der Stadt ein Schulzentrum errichtet werden.<sup>37</sup> Adolf Wirth (Freie Wählerschaft 1956) setzte sich für eine Versachlichung der Kommunalpolitik ein.<sup>38</sup>

Die Bayernpartei trat zu dieser Wahl nicht mehr an. Der Trend zu den großen Parteien, der bereits bei der Kommunalwahl im Jahr 1966 zu spüren war, setzte sich nun verstärkt fort. Erneut ging die SPD gestärkt aus der Wahl hervor und war mit Abstand die bedeutendste politische Kraft in Fürstenfeldbruck. Dies war zum einen der politischen Großwetterlage, dem »Genossen Trend« geschuldet, zum anderen spielte der beliebte 1. Bürgermeister Willy Buchauer eine große Rolle. Zudem hatte sich der Ort in den letzten 10 Jahren gut entwickelt, dies verbanden nicht wenige Wähler/innen mit der SPD. Auch die CSU hat deutliche Stimmengewinne erzielt und war unangefochten die Nummer 2 im politischen Leben Fürstenfeldbrucks, die CSU profitierte von einer Wählerwanderung der Freien Wählerschaft 1956 zur CSU. Der Abstieg der Freien Wählerschaft 1956 setzte sich fort, die BBV konnte leichte Stimmengewinne erzielen.

Die SPD konnte Willy Buchauer, Helmut Geys, Hans Korn, Walter Schwarz, Werner Hillebrand, Kurt Fabig, Maria Kappel (Hausfrau), Dieter Scharlach (Rechtsanwalt), Erich Dressler (Kriminalbeamter), Franz Schmid, Reinhard Ostermeier (Studienrat), Fritz Sattler, Dr. Edwin Schmid (Arzt/Internist), Gerda Klarner (Hausfrau) und Adolf Mayer in den Stadtrat entsenden, von der CSU wurden gewählt Max Steer, Dr. Lorenz Lampl, Franz Schütte, Karl Huber, Josef Schwalber, Josef Kellner, Annemarie Probst (?), Manfred Hölzl (Polizeirat), Georg Hefferle (Justizamtsrat), Ludwig Lösch (Vorstandsmitglied der Stadtparkasse), Georg Heid (Schmiedemeister) und Ludwig Reichlmaier (Bauingenieur), die Freie Wählerschaft 1956 konnte Stadtratssitze für Dr. Ferdinand Königer, Adolf Wirth (Diplomingenieur/Professor) und Dr. Fritz Bauer erringen, für die BBV wurde erneut Thomas Dieter gewählt. Zum dritten Mal nach den Jahren 1962 und 1966 wurde Willy Buchauer (SPD) zum 1. Bürgermeister gewählt, er setzte sich mit 61,3 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang gegen seine Konkurrenten Max Steer (30,8 Prozent) von der CSU und Adolf Wirth von der Freien Wählergemeinschaft 1956 durch, der acht Prozent der Stimmen erhielt. Erstmals in der Geschichte Fürstenfeldbrucks waren auch Frauen im Stadtrat vertreten, die eindeutige Dominanz der Männer blieb jedoch erhalten.

Zu den zentralen Themen, die der Stadtrat in den Jahren 1972 bis 1978 behandelte, gehörten beispielsweise: Der Bau von Kindergärten, Bebauungspläne, z. B. für das Industriegebiet West, Erhaltung eines neuen Gymnasiums im Westen der Stadt, die Stellungnahmen des Stadtrates zur Gebietsreform, die Fertigstellung des Hallenbades, die Erweiterung des Josefstiftes, die Aufstellung von Bebauungsplänen, die Fassadengestaltung des Sparkassenneubaues, der Bau einer Turnhalle für die Grundschule Mitte, Straßenbau- und Kanalbauprogramme, die Kläranlagenerweiterung, die Diskussion eines Verkehrsgutachtens, die Entscheidung über die Trägerschaft des Altenheimes Josefstift, die Sanierung des Alten Rathauses, die Umgehungsstraße B 471, der Erwerb von Grundstücken, die Errichtung einer Fachoberschule, die Schaffung von Park-and-Ride-Plätzen und die Verabschiedung von Haushaltsplänen.<sup>39</sup>

Der Bürgermeisterkandidat der CSU, Max Steer, warb mit den beruflichen Leistungen der Kandidaten der CSU und mit deren kommunalpolitischen Erfahrungen. Der Bürgermeisterkandidat der SPD, Ulrich Schmetz, legte sein Hauptaugenmerk auf die Erarbeitung von Grundlagen für die Stadt- und Verkehrsentwicklung und auf die Vermehrung von Kinderhortplätzen, der Bürgermeisterkandidat der BBV, Jens Streifeneder, warb mit einer verstärkten Vertretung von Schülern und Studenten im Kommunalparlament.<sup>40</sup>

Erdrutschartiger Wahlsieger der Kommunalwahl des Jahres 1978 war die CSU, die fast 15 Prozent Stimmenanteile hinzugewann, dies war das erste Mal in der Kommunalwahlgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg, dass eine Partei in Fürstenfeldbruck die absolute Mehrheit erringen konnte. Eindeutiger Verlierer der Wahl war die SPD, die über 12 Prozent der Stimmen verlor. Offensichtlich wollten die Wählerinnen und Wähler eine dauerhafte Dominanz einer Partei, in diesem Fall der SPD, bis dato verhindern, das politische Personal der beiden großen Volksparteien spielte darüber hinaus ebenfalls eine Rolle. Der Abwärtstrend der Freien Wählerschaft Fürstenfeldbruck, die umbenannte Freie Wählerschaft 1956, setzte sich auch bei dieser Wahl fort. Mit dem Studenten der Betriebs- und Volkswirtschaft Klaus Wollenberg begann eine neue Ära der FDP in Fürstenfeldbruck, bis dahin hatte die Fürstenfeldbrucker FDP kaum eine Rolle gespielt. Die BBV litt unter dem Trend zu den großen Parteien und verlor Stimmen.

Von der CSU wurden gewählt: Max Steer, Dr. Lorenz Lampl, Manfred Hölzl, Franz Schütte, Ludwig Lösch, Klaus-Peter Ernst (Dipl.-Kaufmann/Steuerberater), Georg Hefferle, Lukas Drexler (Bäckermeister), Josef Kellner, Josef Schwalber sen., Annemarie Knittler (Hausfrau), Georg Heid, Bernhard Huber (Gerbermeister), Bernhard Pulfer (Schreinermeister), Anton Rauch (Angestellter), Karlheinz Stoklossa (Entwicklungingenieur), Horst Köllerer (Oberstleutnant), Waldemar Ernest (Lehrer), Anton Hoch (Architekt/Dipl.-Ingenieur), Herbert Trinkl (technischer Angestellter), Peter Lutz (Apotheker), und Franz Ostermeier (Geschäftsführer). Die SPD entsandte Willy Buchauer, Ulrich Schmetz, Hans Korn, Helmut Geys,

Erich Dressler, Kurt Fabig, Hugo Schön (Postbeamter), Dieter Scharlach, Ludwig Sedlmeier (technischer Angestellter), Franz Schmid, Eva-Maria Reetz (Hausfrau), Adolf Mayer, Franz Welte (Schlosser) und Hans Wunder (Architekt) in den Stadtrat, die Freie Wählerschaft Fürstenfeldbruck errang durch Dr. Ferdinand Königer, Adolf Wirth und Simon Kottermaier (orthopädischer Techniker) drei Stadtratsitze, die FDP war durch Klaus Wollenberg (Student) und die BBV durch Jens Streifeneder (Kaufmann) vertreten. Max Steer (CSU) wurde mit 61,3 Prozent der Stimmen zum 1. Bürgermeister gewählt, Ulrich Schmetz (SPD) erhielt 33,9 Prozent und Jens Streifeneder (BBV) erhielt 4,6 Prozent der Stimmen.

#### *Bürgermeister Max Steer*

Max Steer wurde am 5. Mai 1931 in Ingolstadt geboren, sein Vater war Former in einer Gießerei und ist gegen Ende des Zweiten Weltkrieges gefallen. Nach Schule und Studium der Sonderpädagogik in Kriegs- und Nachkriegszeit kam er im Jahr 1955 als junger Lehrer nach Fürstenfeldbruck. Seine soziale Grundeinstellung veranlasste ihn, sich besonders für die schwächeren Schüler einzusetzen. Steer wurde konsequenterweise der erste Sonderschullehrer in Stadt und Landkreis Fürstenfeldbruck. Er hatte einen wesentlichen Anteil am Aufbau des Sonderschulwesens im Landkreis. In den Jahren 1972 bis 1978 war Steer Rektor der neu gegründeten Sonderschule für geistig behinderte Kinder in Fürstenfeldbruck-Gelbenholzen. Früh erwachte sein politisches Interesse, er trat Mitte der 1950er Jahre in die Junge Union und im Jahr 1958 in die CSU ein, deren Ortsvorsitzender er in den Jahren 1963 bis 1973 war. Im Jahr 1966 wurde Max Steer erstmals in den Stadtrat gewählt, diesem Gremium gehörte er bis in das Jahr 1996 an. In den Jahren 1966 bis 1972 bekleidete er das Amt des Referenten für Wohnungswesen, bei der Kommunalwahl im Jahr 1972 wurde er mit großer Mehrheit von seinen Stadtratskollegen zum 2. Bürgermeister gewählt. Die Zusammenarbeit mit dem 1. Bürgermeister Willy Buchauer (SPD) war meistens gut. Im Jahr 1978 begann der Höhepunkt des kommunalpolitischen Lebens von Max Steer, denn er wurde mit großer Mehrheit zum 1. Bürgermeister der Stadt Fürstenfeldbruck gewählt. Im Jahr 1984 wurde er mit klarer Mehrheit wiedergewählt.

#### *Ausblick*

1990 verlor er sein Amt in der Stichwahl an Eva-Maria Schumacher (SPD) mit einem Unterschied von 11 Stimmen. Im Jahr 1996 schied Max Steer aus dem Stadtrat aus. Er starb am 21. Dezember 2009 in Fürstenfeldbruck. 1990 wurde die Diplom-Verwaltungswirtin Eva-Maria Schumacher (SPD) zur 1. Bürgermeisterin gewählt. In den Jahren 1996 bis 2014 war der Landwirt Sepp Kellerer (CSU) 1. Bürgermeister bzw. seit dem Jahr 2006 Oberbürgermeister, er wurde dreimal, in den Jahren 1996, 2002 und 2008, gewählt. In diesem Zeitraum dominierte die CSU das politische Geschehen in Fürstenfeldbruck, zum Teil mit absoluter Mehrheit. Bei der Kommunalwahl des Jahres 2014 wurde der Orthopädieschuhmachermeister Klaus Pleil (BBV) in der Stichwahl gegen Andreas Lohde (CSU) mit deutlicher Mehrheit zum Oberbürgermeister gewählt. Bei den Stadtratswahlen des Jahres 2014 war die BBV klarer Wahlsieger, CSU und SPD verloren mehr oder weniger deutlich Stimmenanteile und mit Klaus Wollenberg (FDP) sowie Ulrich Schmetz (SPD) wurden zwei Kommunalpolitiker wiedergewählt, die erstmals im Jahr 1978 in den Stadtrat einzogen und diesem seither ununterbrochen angehörten bzw. angehören. Dienstältester Stadtrat seit 1973, mit Unterbrechung ist Jens Streifeneder (BBV).



Max Steer

Foto: Stadtarchiv Fürstenfeldbruck

#### *Fazit*

Der demokratische Neuanfang in Deutschland nach dem Ende der NS-Diktatur glückte auch in Fürstenfeldbruck auf kommunaler Ebene, hierfür waren in erster Linie überzeugte und unbelastete Demokraten der ersten Stunde wie Hans Wachter (CSU) und Michael Neumeier (SPD) verantwortlich. Die Bevölkerung Fürstenfeldbrucks wählte so, dass wir heute von einem lokalen »Cheques and Balances« sprechen können, denn die Wählerinnen und Wähler bevorzugten die kommunale Machtteilung und bevorzugten grosso modo – von der ersten Wahl im Jahr 1946 und von der letzten Wahl im Jahr 1978 abgesehen – ein Ergebnis, das keiner einzelnen politischen Partei die absolute Mehrheit verschaffte. Ein anderes wesentliches Ergebnis war die männliche Dominanz des Stadtrates, welche Fragen der gesellschaftlichen Verfasstheit in Fürstenfeldbruck aufwirft. Das dritte zentrale Ergebnis dieser Analyse ist die Tatsache, dass im Stadtrat die meisten Entscheidungen einstimmig gefällt worden sind, unabhängig davon, wie hart und zum Teil unversöhnlich die Wahlkämpfe waren. Selbstverständlich gab es auch im Fürstenfeldbrucker Stadtrat in dem untersuchten Zeitraum Parteienhader, der jedoch immer wieder auf pragmatische Art und Weise gelöst wurde. Die Wahlbeteiligung sank im Lauf der Jahre, ob darin schon eine gewisse Politikverdrossenheit der Bevölkerung zum Ausdruck kam, muss vorerst offen bleiben. Summa summarum gestalteten die Stadträte, soweit dies in ihren Händen lag, die ökonomische, soziale, politische und kulturelle Entwicklung Fürstenfeldbrucks von einer Kleinstadt mit ca. 11000 Einwohnern bis zu einer mittelgroßen Stadt mit ca. 30000 Einwohnern gut, von einzelnen Ausnahmen wie beispielsweise einer lange nicht vorhandenen Industrieansiedlungspolitik abgesehen.

#### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Stadtarchiv Fürstenfeldbruck (= StA FFB), S 10/10.

<sup>2</sup> StA FFB, Ordner Kommunalwahl 1946 und 1948.

<sup>3</sup> StA FFB, Kartei Stadträte, Hans Wachter.

<sup>4</sup> Hans Woller: Die Loritz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945–1955. Stuttgart 1982, S. 34.

<sup>5</sup> Stefan Grüner: Nachkriegszeit 1945–1957. Alltag, Besatzung, politischer und wirtschaftlicher Neuaufbau. In: Volker Dotterweich/Karl Filsler (Hrsg.): Lands-

- berg in der Zeitgeschichte – Zeitgeschichte in Landsberg. München 2010, S. 367.
- <sup>6</sup> StA FFB, Kartei Stadträte, Michael Neumeier und Stadt Fürstenfeldbruck, Zentralregistratur.
- <sup>7</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt vom 24. April 1952.
- <sup>8</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt vom 8./9. März 1952.
- <sup>9</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt vom 25. März 1952.
- <sup>10</sup> Tagblatt vom 29./30. März 1952.
- <sup>11</sup> Paul Hoser: Memmingen im 20. Jahrhundert – Aufgaben, Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Darstellung. In: *Peter Fassel (Hrsg.): Die NS-Zeit in Ortsgeschichten*. Augsburg 2014, S. 68.
- <sup>12</sup> Peter Bierl: Zur Entnazifizierung im Landkreis Fürstenfeldbruck (3. Teil). In: *Amperland* 44 (2008) Heft 1, S. 190 f.
- <sup>13</sup> StA FFB, Protokollbuch des Stadtrates B 1-5/1.10.
- <sup>14</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt vom 16. Februar 1956.
- <sup>15</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt vom 13. März 1956.
- <sup>16</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt vom 12. März 1956.
- <sup>17</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt vom 2./4. März 1956.
- <sup>18</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt vom 15. März 1956.
- <sup>19</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt vom 17./18. März 1956.
- <sup>20</sup> Daniel Schönwald: Integration durch eine Interessenpartei. Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten in Bayern 1950–1981. Kallmünz 2014, S. 865–905.
- <sup>21</sup> StA FFB, Protokollbuch des Stadtrates, B 1-5/1.11.
- <sup>22</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt vom 11. Februar 1960.

- <sup>23</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt vom 26./27. März 1960.
- <sup>24</sup> StA FFB, S 10/10.
- <sup>25</sup> StA FFB, Ordner Kommunalwahl 1960.
- <sup>26</sup> Stadt Fürstenfeldbruck, Zentralregistratur und Fürstenfeldbrucker Tagblatt vom 8. Januar 1990.
- <sup>27</sup> StA FFB, Protokollbuch des Stadtrates B 1-5/1.12.
- <sup>28</sup> StA FFB, Ordner Kommunalwahlen 1966 und Fürstenfeldbrucker Tagblatt vom 16. Februar 1966.
- <sup>29</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt vom 11. März 1966.
- <sup>30</sup> StA FFB, Ordner Kommunalwahlen 1966.
- <sup>31</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt vom 19. Februar 1966.
- <sup>32</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt vom 28. Februar 1966.
- <sup>33</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt vom 9. März 1966.
- <sup>34</sup> StA FFB, Protokollbuch des Stadtrates B 1-5/1.13.
- <sup>35</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt vom 18. Mai 1972.
- <sup>36</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt vom 19. Mai 1972 und 23. Mai 1972.
- <sup>37</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt vom 23. Mai 1972.
- <sup>38</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt vom 8. Juni 1972.
- <sup>39</sup> StA FFB, Protokollbücher des Stadtrates B 1-5/1.14 – 1.16.
- <sup>40</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt vom 24. Februar 1978.

Anschrift des Verfassers:  
Dr. Gerhard Neumeier, Stadtarchiv Fürstenfeldbruck,  
Theresianumweg 1 RGB, 82256 Fürstenfeldbruck

## Historische Kriminalitätsforschung

Eine Aufgabe für die Landesgeschichte und wissenschaftliche Heimatforschung

Von Wolfgang Wüst

*Die Heimatzeitschrift Amperland macht seit 2015 in einer Serie auf aktuelle Forschungsvorhaben der Landesgeschichte an der Universität Erlangen-Nürnberg aufmerksam: Einmal auf das Forschungsprojekt »Policeyordnungen der Frühen Neuzeit«, dann auf das Forschungsfeld »Regionale Konsumgeschichte« und schließlich in diesem Heft auf die historische »Kriminalitätsforschung«. Die Serie versteht sich als Anregung, über den traditionellen Rahmen hinaus zu blicken und neue Fragestellungen nutzbar zu machen.* Die Redaktion

Im August des Jahres 1616 beobachtete ein Reisender aus England, der Dichter John Taylor, eine Hinrichtung vor den Toren der Stadt Hamburg: »Nun nahm der Erzscharfrichter, der Große Meister dieses gewaltigen Geschäfts [...] das Rad, stellte es auf, drehte es mit einer Hand wie einen Kreisel; dann nahm er es bei den Speichen, hob es mit einem gewaltigen Schwung hoch und brach ein Bein des armen Wichts entzwei, dass dieser vor Schmerzen aufbrüllte; nach einer Weile zerbrach er das andere Bein auf die nämliche Weise. Danach führte er vier oder fünf wuchtige Schläge auf die Brust, dass der Brustkorb in Stücke zerplatzte; endlich zerquetschte er seinen Hals, doch da er ihn verfehlte, zersplitterten Kinn und Kiefer.« Nach dieser Prozedur wurde der Kopf des Toten abgeschnitten und auf einen Pfahl gespießt, während der Körper auf ein Wagenrad gebunden und der Verwesung preisgegeben wurde. »Dies also war das Brechen mit dem Rad, das so genannte Rädern.«<sup>1</sup> Diese Hinrichtungsform fand in dieser Art Jahrhunderte lang überall im Reich, also auch in Bayern, statt und diente nicht nur der Vergeltung, sondern auch der Abschreckung.

### Beispiel Hexenforschung

Die Landes-, Regional- und Lokalgeschichte hat sich bisher systematisch kaum mit der Kriminalitätsgeschichte befasst, sondern sie traditionell der Rechtsgeschichte überlassen. Diese war und ist jedoch eine Disziplin der Rechtswissenschaft. Seit den 1980er Jahren rückt die Kriminalitätsforschung als Zweig der

historischen Konfliktforschung in den Fokus des Interesses. Beispiel dafür wäre die Hexenforschung. Allerdings ist das Interesse an ihr bereits älteren Ursprungs und hat schon immer seit Sigmund von Riezler (1896) die bayerische Landesgeschichte interessiert.<sup>2</sup> Seit den letzten Hexenprozessen mit Hinrichtung 1775 in der Fürststube Kempfen und 1782 im protestantischen Schweizer Kanton Glarus kam die Erforschung des Hexenwahns nicht mehr zur Ruhe. Die Aufklärung des 17. und 18. Jahrhunderts sorgte für einen Sturm der Entrüstung über die »peinliche« Justiz, auch in Bayern. Seitdem nahmen die interdisziplinären Erklärungs- und Interpretationsmodelle zum Hexenzauber fortlaufend zu, um dieses Phänomen erklären zu können. Zu Beginn der 1980er Jahre zählte man bereits sechs methodische Grundlinien zur Erklärung des Hexenwahns und der Hexenprozesse. Sie berücksichtigten gleichermaßen die lokalen, landesherrlich-biografischen und territorialen Konfliktpotentiale, Klimaverschlechterungen, Hunger- und Seuchsjahre, die fortschreitende Kriminalisierung hergebrachter Bräuche in der frühmodernen Gesetzgebung, das allgemeine Phänomen sozialer Disziplinierung der Untertanen und gesellschaftliche Spannungen.<sup>3</sup> Kehren wir zur Kriminalgeschichte zurück.

### Kriminalgeschichte

Für die Kriminalgeschichte, deren mediale Präsenz nie die der spektakulären Hexenprozesse erreichte, zog Joachim Eibach<sup>4</sup> 1996 in der »Historischen Zeitschrift« erstmals Bilanz. Er sah die historische Aufarbeitung der Kriminalität an der Schnittstelle zwischen Sozialgeschichte und Neuer Kulturgeschichte. In der Landesgeschichte stand und steht die Kriminalgeschichte noch immer im Schatten der Rechtsgeschichte. Zwei Pionierstudien legte zuletzt Reinhard Heydenreuter vor, der sowohl Rechtshistoriker als auch Landeshistoriker ist. 2003 erschien die »Kriminalgeschichte Bayerns. Von den Anfängen bis ins